

PRESSEMITTEILUNG

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

Berlin, 7. Mai 2026

Steuerschätzung Mai 2026: Steuervollzug ist Haushaltspolitik

Das Bundesministerium der Finanzen hat heute die Ergebnisse der 170. Steuerschätzung vorgelegt. Der Befund ist eindeutig: Allein für den Bund fehlen 2027 rund 10,1 Milliarden Euro gegenüber der Herbstschätzung. Gesamtstaatlich beläuft sich der Rückstand auf knapp 17,8 Milliarden Euro.

DSTG-Bundesvorsitzender Florian Köbler erklärt:

„Die schwächere Konjunktur infolge des Iran-Kriegs ist real – aber sie ist nicht die ganze Wahrheit. Der Staat hat neben der Einnahmeseite auch ein strukturelles Problem auf der Vollzugsseite. Das eine bekämpft er nicht. Das andere könnte er bekämpfen.“

EINNAHMEN STÄRKEN – NICHT NUR SCHÄTZUNGEN KORRIGIEREN

Die Steuerschätzung misst, was der Staat einnimmt. Sie misst nicht, was ihm entgeht. Die Steuerlücke in Deutschland liegt nach Berechnungen der EU-Kommission allein beim Umsatzsteuer-Ausfall bei über 31 Milliarden Euro jährlich – Tendenz steigend, weil Finanzkriminalität internationaler, digitaler und komplexer wird.

Hinzu kommen Einnahmeverluste durch Steuerhinterziehung, aggressive Steuergestaltung und nicht vollzogene Betriebsprüfungen. Diese Lücken schließen sich nicht von selbst – und sie schließen sich nicht durch konjunkturelles Wachstum allein. *„Wir diskutieren über 10 Milliarden Euro weniger. Wir sollten auch darüber reden, welche zweistelligen Milliardenbeträge jedes Jahr liegen bleiben – weil der Vollzug nicht die Ressourcen hat, sie zu heben.“*

DREI BAUSTEINE FÜR MEHR STEUERLICHE EINNAHMESTÄRKE

Erstens: Finanzkriminalität entschlossen bekämpfen.

Bundesfinanzminister Klingbeil hat mit seinem Aktionsplan gegen Steuerkriminalität die Stoßrichtung vorgegeben. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an. KI-gestützte Datenplattformen, Hinweisgeber-Portale und modernisierte Selbstanzeigeregeln wirken nur, wenn dahinter Strukturen stehen, die sie tragen: qualifizierte Fachkräfte, ein modernes Datenzugangsrecht und klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern.

Zweitens: Digitalisierung der Steuerverwaltung konsequent vorantreiben.

Deutschland ist im europäischen Vergleich bei der Verwaltungsdigitalisierung Schlusslicht. Das kostet nicht nur Effizienz – es kostet Einnahmen. Wer Steuerpflichtige digital abholt, Daten intelligent verknüpft und Prüfungskapazitäten auf Risikofälle konzentriert, holt mehr aus dem bestehenden System heraus. Das ist keine Zukunftsvision. Das ist umsetzbar.

Drittens: Den Vollzug als eigenständigen Hebel der Haushaltspolitik begreifen.

Es ist eine nachgewiesene fiskalische Logik: Investitionen in die Steuerverwaltung zahlen sich mehrfach zurück. Jeder Euro, der in Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Vollzugstechnologie fließt, generiert ein Vielfaches an Mehrergebnissen. Diese Logik fehlt in der aktuellen Haushaltsdebatte – die DSTG wird sie einbringen.

DIE KRISE ALS CHANCE BEGREIFEN

„Schwache Konjunktur bedeutet: Der Staat braucht jeden Euro, den er beanspruchen kann. Genau dann ist der Moment, den Vollzug zu priorisieren – nicht zu vertagen.“

— Florian Köbler, Bundesvorsitzender der DSTG

Die DSTG wird die Haushaltsdebatte der kommenden Monate aktiv mitgestalten. Sie steht bereit, ihre Expertise aus 75.000 Beschäftigten der Steuerverwaltungen von Bund und Ländern in die politischen Beratungen einzubringen.

Steuergerechtigkeit entsteht nicht im Ministerium. Sie entsteht dort, wo Recht, Kompetenz und Technik zusammenkommen – im Finanzamt und im Serverraum.

„Wer die Steuerlücke ernstnimmt, kann die Haushaltslücke nachhaltig bekämpfen.“

Pressekontakt:

Florian Köbler, Bundesvorsitzender DSTG

Tel.: 030 206256-600 | Mobil: 0151 22922622

florian.koebler@dstg.de | www.dstg.de